

Künftig ziehen alle an einem Strang

Fünf Partner haben in Kiel eine Jugendberufsagentur gegründet – Diese soll Räume in der Innenstadt bekommen

Bislang herrschte eine gewisse unkoordinierte Beliebigkeit bei der Unterstützung Jugendlicher.

Karsten Böhmké,

Jobcenter-Geschäftsführer

Von Jürgen Küppers



Sie besiegelten ihre Zusammenarbeit in einem Kooperationsvertrag (v. li.): Karsten Böhmké (Jobcenter), Renate Treutel (Bildungsdezernentin), Jürgen Ströh (RBZ Technik), Petra Eylander (Arbeitsagentur), Dr. Stephan Jansen (RBZ Soziales, Ernährung, Bau), Barbara Weber (Schulrätin) und Gerhard Müller (RBZ Wirtschaft). ©

KIEL. Trotz Riesenauswahl keinen Plan: So geht es (zu) vielen Schulabgängern, denen der Schritt in eine Ausbildung aus unterschiedlichsten Gründen schwerfällt. Hilfestellung soll nun eine Kieler Jugendberufsagentur (JBA) geben, deren Gründung am Mittwoch mit der Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages besiegelt wurde. Um das Ziel zu erreichen, wollen fünf Partner (Jobcenter, Arbeitsagentur, Stadt, Berufsschulzentren, Schulamt) Jugendliche an Schulen gezielter beraten – und dabei über bisherige Zuständigkeitsgrenzen hinweg an einem Strang ziehen.

Fast zwei Jahre Vorarbeit waren nötig, bis sich die Partner auf Grundlagen und Ziele der gemeinsamen Arbeit in einer JBA verständigten. „Bislang herrschte unter uns eine gewisse unkoordinierte Beliebigkeit, wenn es um die Unterstützung von Jugendlichen ging“, erklärte der Jobcenter-Geschäftsführer Karsten Böhmké. Damit soll nun Schluss sein. So seien wichtige Fragen zu Datenschutz, Zuständigkeit oder Finanzierung von Maßnahmen aus unterschiedlichen Töpfen mittlerweile weitgehend geklärt.

Geklärt sind auch die ersten konkreten Schritte zum Aufbau einer dezentral ausgerichteten JBA für Jugendliche unter 25 Jahren. Ab März soll es an den drei Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ) schrittweise sogenannte Treff-JBA geben. In täglichen Sprechstunden an zentraler Stelle vor den Mensen informieren dort Fachkräfte der Berufsberatung (Agentur für Arbeit), des Jobcenters, der RBZ, des Jugendamtes (Stadt) sowie für Berufsorientierung zuständige Lehrer über mögliche

Anschlussperspektiven oder Fördermöglichkeiten.

In einem weiteren Schritt sollen an allgemeinbildenden Schulen ab den achten Klassen „Fallkonferenzen“ eingeführt werden, um für die Schüler möglichst „individuelle, frühzeitige und verbindliche“ Anschlussperspektiven im Blick zu behalten. Sollten sich solche Perspektiven nicht abzeichnen, könnten Fachkräfte aus dem Bündnis den Jugendlichen beratend zur Seite gestellt werden. Diese Fachkräfte sollen den Schulen möglichst auch vor Ort in eigenen Berufsorientierungsbüros zur Verfügung stehen.

Als „wesentlichen Meilenstein“ der neuen JBA bezeichnete Bildungsdezernentin Renate Treutel die Anmietung von zentral gelegenen Räumen in der Innenstadt („...möglichst in der Holstenstraße“). Diese Servicestelle mit zehn Experten der fünf Partner stelle sicher, dass auch außerhalb von Treff-JBA an den drei RBZ das Beratungsangebot möglichst viele erreichen könne: von Eltern, Gymnasiasten, Lehrern über Arbeitgeber bis hin zu Schulschwänzern.

Aus Sicht der Dezernentin sind solche verstärkten Anstrengungen nötig: Im Schnitt seien etwa 200 von 1000 Schülern der Sekundarstufe I (bis zu Klassenstufe zehn) vor ihrem Schulabschluss „ratlos“, wie es für sie danach weitergehen könne. Ebenfalls auffällig sei die anhaltend große Zahl von Jugendlichen, die einen höher qualifizierten Schulabschluss einer Berufsausbildung vorzögen: „Hier müssen wir auch aufgrund des absehbaren Fachkräftemangels dringend nachsteuern.“

Dies belegen auch aktuelle Zahlen einer Verbleib-Statistik der Stadt. Entschieden sich demnach 2013 noch 21 Prozent der Jugendlichen nach Ende der Sekundarstufe I für eine duale Ausbildung, waren es 2016 nur noch 15,2 Prozent. Ziel der Bündnispartner seien mindestens 30 Prozent.

Auffällig ist auch die Zahl der Schüler, die eine allgemeinbildende Schule ohne Abschluss verließen, sagte Treutel. Sie stieg von 3,6 Prozent (Schuljahr 2014/2015) auf 6,3 Prozent im Sommer 2016. Als Grund dafür vermutet die Dezernentin die gestiegene Zahl von Schülern aus früheren Daz-Kursen (Deutsch als Zweitsprache).

Berufsberatung am RBZ gibt's künftig in den Mittagspausen

Jugendliche streben eher nach höheren Schulabschlüssen



